



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/34

Hannover, 6. August 1948

Die Wölfe im Schafspelz

-dt. Über die Berliner Krise sind vor einigen Tagen die beiden letzten kommunistischen Minister in den Westzonen, der Arbeitsminister von Württemberg-Baden, Kohl, und der Leiter des Gesundheitsamtes von Hamburg, Dettmann, "gestolpert". Diese Entwicklung hat nicht überrascht, sie hing gewissernassen seit langem in der Luft. Die beiden kommunistischen Minister waren die letzten Überbleibsel jener Allparteien-Kabinette, die in der Zeit der ersten Konsolidierung nach dem Zusammenbruch - häufig genug unter Förderung der Besatzungsmächte - als Zeichen eines politischen Bürgerfriedens und Ausdruck einer vom ganzen Volk ausgehenden Wiederaufbaupolitik in Erscheinung traten. In dem Tempo, in dem sich die Beziehungen zwischen den Siegermächten abkühlten, verloren auch die Allparteiernkabinette an Zugkraft bei den Beteiligten - ausser den Kommunisten.

Bei der Abservierung der beiden letzten kommunistischen Minister hat es nicht an Sympathiekundgebungen gefehlt. Für den Arbeitsminister Kohl haben dank einer gut geleiteten Regie die Arbeiter von 800 Stuttgarter Betrieben demonstriert und dem Senator Dettmann ist in der entscheidenden Sitzung von seinen bisherigen Kollegen bestätigt worden, dass sein Ausscheiden nicht gegen seine Amtsführung besage.

Beide Minister haben demnach das Zeugnis bekommen, dass sie sich in einer demokratischen Regierung durchaus demokratisch benommen haben. Kann man sie daher als Gegner der demokratisch-parlamentarischen Regierungsform ansehen? Dem Schein nach bestimmt nicht, ebenso, wie man den kommunistischen Abgeordneten in den einzelnen Landtagen selten eine Verletzung der parlamentarischen Spielregeln vorwerfen kann. Man stösst im Gegenteil häufig auf die kaum glaubliche Tatsache, dass die kommunistischen Abgeordneten nach aussen hin den Parlamentarismus häufig ernster nehmen als Abgeordnete anderer Fraktionen. Sieht man von meist demagogischen Inhalt ihrer Anträge ab, so wird man feststellen können, dass die Kommunisten alle Möglichkeiten des Parlamentarismus ausschöpfen, um sich demokratisch in Szene zu setzen. Schliesslich sei noch auf das Gebiet der Pressefreiheit verwiesen, zu deren Verteidigung die Kommunisten eifrig bereit sind, alle Grenzen zu brechen, die ihnen nicht nur auf den eigenen Rotationsmaschinen zur Verfügung stehen, wie der Fall "Lüdemann und die Presse" in Schleswig-Holstein zeigt.

Es wäre aber falsch zu glauben, dass die Kommunisten bei dieser Politik aus innerem Antrieb handeln. Lenin, ihr grosser Stratege im Kampf für die bolschewistische Revolution, hat ihnen genau vorge-schrieben, wie sie sich des westlichen Parlamentarismus bedienen müs-sen, um ihm ein "volksdemokratisches" Begräbnis vorzubereiten. In seinen "Ausgewählten Werken", Band II, im Vorjahr erst neu verlegt im Verlag für fremdsprachliche Literatur in Moskau, hat Lenin, fein säuberlich mit Gebrauchsanweisung, den Schafspelz aufgehängt, mit dem die Kommunisten sich in den Parlamenten ausserhalb des Eisernen Vorhangs tarnen können. Der erwähnte Band II enthält die Schrift "Der 'linke' Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus", ge-schrieben (1920) unmittelbar vor dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale als Auseinandersetzung mit den Argumenten der links-radikalen Kommunisten innerhalb einiger europäischer Parteien, die gegen jede Beteiligung an "bürgerlichen" Parlamenten waren. Wir zi-tieren aus dieser Schrift einige Stellen:

"Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderjagen, seid ihr verpflichtet, innerhalb dieser Institutionen zu arbeiten...."

Oder: "Wir Bolschewiken beteiligten uns an den konterrevolutionä-ren Parlamenten und die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Beteiligung für die Partei des revolutionären Proletariats nicht nur nützlich, sondern auch notwendig war, um die Revolution vorzubereiten...."

Wer sich demnach noch wundert, wern in einzelnen Landtagen von den Kommunisten Anträge eingebracht werden, die auch die Zustimmung an-derer Parteien finden, der möge noch das folgende Zitat genau lesen: "Man muss die grösste Hingabe an die Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse ein-zugehen, zu laviieren, zu faktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und dergl., um den Regierungsantritt und das Abwirtschaf-ten der Henderson (der Helden der II. Internationale, um nicht die ein-zelnen Personen zu nennen, der Vertreter der kleinbürgerlichen Demo-kratie, die sich als Sozialisten bezeichnen) zu beschleunigen.... ..und die politische Macht erobern."

Deutlicher konnte das Ausgesicht der kommunistischen Politik nicht erläutert werden: Wie sehr die Kommunisten in Wirklichkeit am westlichen Parlamentarismus, an Pressefreiheit usw. hängen, zeigt die Entwicklung in den Ländern des Ostblocks, von der Farce des Ober-sten Sowjets ganz abgesehen. Lenin hat unmissverständlich dargelegt, dass die kommunistischen Abgeordneten in den westlichen Parlamenten nichts anderes sind, als zum Gärtner bestellte Böcke und man kann den kommunistischen Parlamentariern bestätigen, dass sie ihre Rolle aus-gezeichnet spielen.

Neuchelmörder in der SED-Zentrale

Verhinderte Haftbefehle gegen Walter Ulbricht und Erich Mielke

sp. Nach 15 Monaten Hausarrest, der von den russischen Besatzungsbehörden über ihn verhängt worden war, ist es dem Berliner Generalstaatsanwalt Dr. Wilhelm Kühnast gelungen, durch die Flucht in die westlichen Sektoren seine Freiheit wieder zu gewinnen. Mit dieser Flucht wurde auch der Schleier gelüftet, der bislang die Festsetzung Dr. Kühnasts getarnt hatte. Er war den Russen unbequem geworden und sollte mandatorisch gemacht werden, weil er es gewagt hatte, Haftbefehl gegen zwei führende SED-Funktionäre, gegen den 2. Vorsitzenden Walter Ulbricht und gegen den Vizepräsidenten der Zentralverwaltung des Innern für die Ostzone, Erich Mielke, wegen dringenden Verdachts des Doppelmordes bzw. der Mittäterschaft und Anstiftung dazu zu beantragen.

Mielke und Ulbricht waren maßgebend in ein Verbrechen verwickelt, das 1931 in der Nähe des Wilhelm Liebknecht-Hauses am Bülowplatz in Berlin verübt worden war, und dem die beiden Polizeihauptleute Anlauf und Lenk zum Opfer gefallen waren, während der Polizeileutnant Willig schwer verletzt wurde. Alle drei waren am 9.8.1931 von Mitgliedern der 5. Gruppe des "Ordnerdienstes" des KPD-Unterbezirks "Nord" nach einem vorher genau festgelegten Plan von rückwärts niedergeschossen worden, nachdem bereits am Vortage ein Mordversuch mißlungen war. Hauptmann Anlauf war Vorsteher des 7. Polizeireviers in Berlin und der KPD in der Gegend um den Bülowplatz schon lange ein Dorn im Auge. Er hatte sich selbst politisch zwar nie betätigt, aber wiederholt Befehl zum Einschreiten geben müssen, wenn es am Bülowplatz zu Ansammlungen und Ruhestörungen kam, wie das damals häufig geschah. Gegen ihn, der in den Kreisen des Roten Frontkämpferbundes den Spitznamen "Schweinebacke" trug, während Leutnant Willig als "Husaren-Edel" bezeichnet wurde, wurden wiederholt offene Morddrohungen ausgestoßen. Am 7. August wurde an eine Litfaßsäule am Bülowplatz ein großer weißer Zettel angeklebt, auf dem geschrieben stand: "Achtung, Schupo der Bülowwache! Schweinebacke, Husar! Nehmt Euch in acht, Eure Stunde ist gekommen. Der RFB lebt und nimmt Rache". Tags darauf kam es zu neuen Zusammenstößen vor dem Liebknecht-Haus und dabei wurde der Arbeiter Auge erschossen. Augas Tod gab, wie später vor dem Schwurgericht I des Landgerichts Berlin festgestellt wurde, den unmittelbaren Anlaß, Hauptmann Anlauf zu ermorden. Die Anweisung zur Eluttat gab der frühere Reichstagsabgeordnete der KPD, der damals 33-jährige Kippenberger, der dem Zentralkomitee der KPD angehörte, sich selbst als "Generalstabschef" bezeichnete und in Besser Hand die Fäden zu den Stellen zusammenließen, die seinerzeit an der Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes arbeiteten. Eingeweiht in den Mordplan waren offenbar aber auch noch der Reichstagsabgeordnete und Schriftsteller Heinz Neumann, der ebenfalls dem Zentralkomitee angehörte, der Kupferschmied Albert Kuntz, der als Organisationsleiter des Bezirks Berlin-Brandenburg tätig war und der jetzige 2. SED-Vorsitzende Walter Ulbricht, der seinerzeit als erster politischer Leiter des Bezirks Berlin fungierte.

Die Ausführung der Tat übertrug Kippenberger dem Führer der 5. Gruppe des "Ordnerdienstes", Wilhelm Broede, der 1934 vom Schwurgericht Berlin mit zwei anderen Angeklagten zusammen zum Tode verurteilt wurde, während sieben weitere in den Mord verwickelte Mitglieder der KPD hohe Zuchthausstrafen erhielten. Die Schüsse auf Anlauf, Lenk und Willig, die während eines Kontrollgangs niedergestreckt wurden, wurden von dem "Ordnerdienst"-Mitgliedern Erich Mielke und Erich Ziemer abgefeuert, die unmittelbar nach der Tat nach Russland flüchteten. Auch Walter Ulbricht, als einer der geistigen Urheber des Polizisten-Mordes, floh ins Sowjetparadies. Mielke und Ulbricht, gegen die Haftbefehle und Steckbriefe erlassen worden waren, kehrten 1945 mit den russischen Besatzungstruppen nach Berlin zurück. Während Ulbricht sofort in der KPD-Leitung und nach der Zwangsfusion in der SED wieder tonangebend wurde, wurde Mielke von den Russen zuerst im Polizeidienst eingesetzt und dann zum Vizepräsidenten der Zentralverwaltung ernannt. Eines Tages wurde er von Polizisten als der Mörder Hauptmann Anlaufs wiedererkannt. Generalstaatsanwalt Dr. Kühnast liess den Haftbefehl gegen Mielke und Ulbricht pflichtgemäss erneuern, als ihn die Kriminalpolizei unterrichtete, setzte aber vorsichtigerweise die Russen von seiner Absicht in Kenntnis. Es wurde ihm in wenig höflicher Form erklärt, er müsste doch wissen, dass er erst die Genehmigung der russischen Militärregierung einholen müsse, wenn er gegen hohe SED-Funktionäre vorgehen wolle. Kühnast musste die Akten abliefern und sollte die weitere Entscheidung abwarten.

Diese Entscheidung steht noch immer aus. Dafür wurde aber über Kühnast der Hausarrest verhängt und der Arrestant unter besondere Bewachung gestellt. Offenbar glaubte man, so die für die Russen höchst kompromittierende Affäre aus der Welt schaffen zu können. Es bleibt abzuwarten, wie die SED und ihre sowjetischen Schutzherren auf die Enthüllungen Dr. Kühnasts reagieren. Bisher hat es ihnen offensichtlich die Sprache verschlagen. (m/B23/2/68/ha)

Der Eierkrieg

sp. Wir leben im Zeitalter der Kriege. Solange sie sich aber auf gelbe Eiermassen beschränken, die Wochenmärkte verunzieren, mag es noch hingehen. Wir erinnern uns noch ungenügend an den Kartoffelkrieg des Vorjahres, der jetzt - wenn man den etwas bombastischen Erklärungen von der "grössten gewonnenen Nachkriegsschlacht" Glauben schenken darf - beendet ist. Man sieht aus diesen Kartoffelkriegsberichten, wie sehr der militaristische (wenn hier auch ungefährliche) Jargon bei uns noch zu Hause ist.

Der Eierkrieg, dessen Höhepunkt wir jetzt erleben, findet als Kriegsschlacht nicht das brave zweibeinige Gattier, das schon die selige Witwe Bolte schätzte, sondern jene, die diese der Hinterfront des unermülich produzierenden Federviehs entfliehenden Raritäten einer hungernnen Menschheit zugänglich machen. In verschiedenen Städten

6. August 1948

kam es zu regelrechten Eierschlachten, die "blutigste" fand kürzlich in Bielefeld statt, wo sich die kochende Volkseele auf den einzigen Eierhändler des Wochenmarktes stürzte, der 50 kostbare D-Pfennige pro Stück verlangte. Man warf ihm seine hundert Eier vor die Füße, wo sie einen ruhmlosen Eiertod ohne Pfanne und Speck starben.

Da es zum guten Ton jedes Krieges gehört, nachträglich, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, resp. Eier auf der Strasse liegen, die Schuldigen zu suchen, sei auch im vorliegenden Falle von diesem lobenswerten Verfahren nicht abgegangen. Sind es die wütenden Hausfrauen, die nicht "am Herde züchtig walteten", sondern sich in das blütige Eiergenetzel stürzten? Wir verteidigen diesen Ausbruch einer hausfräulichen Volkentätigkeit nicht, aber sie liegt nun einmal in jener Hochexplosivität, die nach Feststellungen von Medizinern für den Seelenzustand des Normalverbrauchers charakteristisch sein soll. Die Schuld liegt bei denen, die die Amtsessel bevölkern und einen Preis von 50 Pfennigen für angemessen halten, und sie liegt bei den Händlern, die sich in den Dörfern in einem erschreckendem Masse überbieten. Der Bauer war anfangs durchaus bereit, Eier für 12, 15 und 20 Pfennige abzugeben, bis von privater und Händlerseite die Preise in die Höhe getrieben wurden. Eine Käufersolidarität - sie braucht ja nicht zu einem Blitzfeldzug auf den Märkten zu führen - hätte erhebliches Unheil verhindern können, wenn schon die Behörden sich nicht in der Lage sehen, regulierend einzugreifen.

Als der Schlachtruf ertönte "Die Eier sind frei!", sah jeder Deutsche seine Eierkuchen gesichert; er beneidete nicht mehr den frommen Schweppermann, der einst nach der Mühldorfer Schlacht (Eier scheinen doch etwas mit Krieg zu tun zu haben!) eine Sonderzuteilung von zwei Eiern bekam, eine denkwürdige Tatsache, die einen Unkennlich beflügelte. Für 50 Pfennige hätte allerdings auch ein alter Landsknecht sich keine Eier gegönnt, er hätte vielmehr in seinem kriegerischen Sinne volle Sympathie für die Bielefelder Hausfrauen gehabt.

Wir Schlachtenbummler jedoch hoffen auf einen Heeresbericht vom Eierkriegsschauplatz: "Dank der heldenhaften passiven Verteidigung des Publikums, räumten die Eierverkäufer nach ergebnislosen Gegenangriffen ihre Positionen, sie kapitulierten und verkauften die Eier mit 15 Pfennigen." (Das wäre freilich eine Sondermeldung ohne Brimborium nach unseren militaristischen Herzen.)
(S/314a/48/2/he)

Immer weniger KP-Betriebsräte

sp. Bei Betriebsratswahlen im Hydrierwerk Buer-Scholwen A. G., Dortmund, (Wahlbeteiligung 85%) entfielen auf die SPD 3 Mandate: (bisher 5), CDU 2 (2), KPD 2 (5), Parteilose 1(2).
(m/BL/68/2/he)

Anfang September "Neuer Vorwärts"

sp. Das Zentralblatt der SPD, "Neuer Vorwärts", wird wahrscheinlich Anfang September zum ersten Male erscheinen, zunächst als etwa zehn bis zwölf Seiten starke Wochenzeitung. Redaktionsort ist Hannover, der Druck erfolgt aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls in Hannover. Der Chefredakteur des Blattes ist noch nicht nominiert, stellvertretender Chefredakteur wird Gerhard Gleissberg sein, derzeit Referent im Parteivorstand und Redakteur des "Sopade"-Informationsdienstes."

Gleissberg verfügt über eine ausgedehnte journalistische Erfahrung, die größtenteils im Ausland erworben wurde. 1905 in Breslau geboren, absolvierte Gleissberg dort das Elisabeth-Gymnasium und studierte auf den Universitäten Berlin und Breslau deutsche und englische Sprache, Literatur und Philosophie. Im Sommer 1927 bestand er sein philosophisches Dokorexamen in Breslau. Von 1927/1933 war Gleissberg als Journalist in Berlin tätig, zunächst am "Berliner Börsenkurier", später als Film- und Theaterkritiker und politischer Berichterstatler an der "Vossischen Zeitung". Seit 1930 Mitglied der SPD und Mitarbeiter an der satirischen Zeitschrift "Der wahre Jacob", flüchtete Gleissberg 1933 in die Tschechoslowakei, wo er bis 1939 als Journalist tätig war und am "Prager Tagblatt", hauptsächlich aber am Prager "Sozialdemokrat" arbeitete. Im Februar 1939 flüchtete er nach London, wo er bis 1945 als Redakteur in englischen und amerikanischen Redaktionen beschäftigt war. Im März 1948, nach vorherigen Vortragsreisen in deutschen Kriegsgefangenenlagern in England, übersiedelte Gleissberg von London nach Hannover. Er ist Mitarbeiter mehrerer politischer und kulturpolitischer Zeitschriften.

Zum Parteitag Ausstellung der SPD-Pressc

sp. Beim Parteitag der SPD in Düsseldorf wird ein größerer Ausstellungsstand für alle sozialistischen Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage eingerichtet.

Praktische Studentenhilfe

sp. Um den durch die Währungsreform hart betroffenen Studenten zu helfen beschloss die sozialdemokratische Mehrheit des Rates der Stadt Wilhelmshaven, sämtliche Studenten für eine Woche bei der Trümmerbeseitigung einzusetzen und ihnen dafür den Bauhilfsarbeiterlohn von rund 4.500 DM. zu zahlen. Dieser Betrag reicht aus, um die benötigten Kosten für das Sommersemester zu decken. Ausserdem wurden die Preise für die Verpflegung der Studenten herabgesetzt.

Fortdauer der geistigen Demontage

sp. Nach einem Bericht des australischen Verteidigungs- und Wiederaufbauministers J.J. Dedran ist 48 deutschen Wissenschaftlern und Technikern die Einreise nach Australien erteilt worden. Sie werden in australischen Staatsdienst übernommen.

Verantwortlich: Peter Baumau